

Dr. Peter Motsch, CSU

Stellungnahme *) zur Veranstaltung des Sozialpolitischen Forums Würzburg
„Für eine menschliche Sozialpolitik“ – 10.9.2013 – Felix Fechenbach Haus

Angaben zur Person und zur politischen Funktion

Sozialreferent a. D.

Bezirksrat im Bezirkstag Unterfranken



Themenfeld Wohnungsmangel

Die Bevölkerung in Würzburg wird nach den Prognosen die nächsten 15 Jahre weiter wachsen. Der Wohnungsmangel ist bereits jetzt akut. Kleine und mittlere bezahlbare Wohnungen fehlen (wie z.B. für allein erziehende, arbeitslose, strafentlassene, behinderte, alte Menschen). Wir vom Sozialpolitischen Forum meinen, dass diese Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Frage 1) Welche Lösungen sieht Ihre Partei auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene?

Frage 2) Wie werden Sie sich in Ihrer politischen Arbeit für die Linderung der Wohnungsnot einsetzen?

Bezahlbarer Wohnraum ist, was die Entwicklung von Wohngebieten, Vorhalten von Sozialwohnungen und die Sicherstellung von Notwohnungen angeht, eine primäre kommunale Aufgabe der Städte und Gemeinden.

Für die Bezirke sehe ich eine Mitverantwortung, was Barriere freies Wohnen betrifft. Denn: Für den gewollten weiteren Ausbau des Betreuten Wohnens für Menschen mit Behinderung ist „Barrierefreiheit“ des Wohnraums wesentliche Voraussetzung.

Bei der Frage der Bezahlbarkeit von Wohnraum hat der Staat (Land und Bund) eine zentrale Verantwortung. Er nimmt sie in zweifacher Hinsicht wahr, zum einen durch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus (Objektförderung) und zum anderen durch das Wohngeld (Subjektförderung)

In beiden Bereichen besteht dringender Nachhol- bzw. Verbesserungsbedarf.

Meine Partei, die CSU hat dies erkannt.

Siehe dazu das Maßnahmen-Paket „Wohnen in Bayern“

Wohnraum ist auch das Wohnen im Heim. Auf diesem Feld haben die Bezirke für den Personenkreis der Menschen mit Behinderung eine gesetzliche Verantwortung.

Für Wohnheime für Behinderte wird, unabhängig von der UN-BRKV, auch zukünftig eine Nachfrage erwartet, insbesondere aus dem Kreis der „Rentnergeneration“.

Die neuen gesetzlichen Anforderungen an einen Wohnplatz im Heim (z.B. nur noch 1-Bett Zimmer) haben für die öffentliche Hand, vor allem für die Bezirke erhebliche finanzielle Konsequenzen. Dies gilt für alle Heime.

Die Bezahlbarkeit des Wohnens für Behinderte im Heim spielt eine untergeordnete Rolle, weil die Bezirke die anfallenden Kosten, wenn der Freistaat sie mitfinanziert, was üblich ist, wegen ihrer Vorhalteverpflichtung in der Regel übernehmen müssen.

Vor einer anderen Situation stehen die Bewohner in Altenpflegeheimen, weil sie dort überwiegend als Selbstzahler auftreten. Dort tragen sie die Modernisierung selbst. Daher plädiere ich auch für eine staatliche Mitförderung auf diesem Gebiet.

Hinweis: Ich bin ehrenamtlich Vorstandsmitglied der Stiftung „offene Behindertenhilfe“. Die Stiftung engagiert sich für bedarfsnotwendige Wohnheime für Behinderte und führt derzeit fünf im Eigentum.

Themenfeld Pflegenotstand

Der Pflegenotstand zeigt bereits seine massiven Auswirkungen. Es gibt z. B. derzeit Einrichtungen in Würzburg, Schweinfurt und anderswo, die keine Bewohner mehr aufnehmen können, weil Ihnen das Pflegepersonal fehlt. Ein erheblicher Teil der Arbeitszeit wird inzwischen für die Dokumentation aufgewandt, anstelle für den direkten Kontakt mit den alten oder pflegebedürftigen Menschen. Wir vom Sozialpolitischen Forum fordern „Mehr Zeit für die Pflege“ und bessere Rahmenbedingungen für Pflegekräfte.

Frage 3) Was tun Sie, was tut Ihre Partei dafür, den Pflegenotstand und seine Ursachen zu überwinden?

Frage 4) „Mehr Zeit für die Pflege!“ – unterstützen Sie dieses Ziel, und für welche Maßnahmen werden Sie sich konkret engagieren?

Hinweis zu meinen außerberuflichen Erfahrungen:

Ich bin Vorsitzender der Alzheimer Gesellschaft Würzburg/Unterfranken. Sie sieht sich als Interessenvertretung der alten Menschen, die an Demenz erkranken.

Den Verein HALMA „Hilfe für alte Menschen im Alltag“ habe in gegründet und bis 2010 geführt. Unter meinem Vorsitz hat HALMA die städtische Altenpflegeschule übernommen. Sie ist heute die größte Schule ihrer Art in Bayern.

Ich bin auch Gründer und stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für Aphasie und Schlaganfall in Unterfranken, Förderer und Hauptgesellschafter des Aphasikerzentrums in Unterfranken. Auch dort ist man mit Pflegebedürftigkeit konfrontiert.

Zum Thema:

Die **Ausbildungskapazität** in der Altenpflege erscheint ausreichend, die Ausbildung selbst weitgehend finanzierbar. Das Schulgeld ist erfreulicherweise vom Tisch, das viele Interessenten an der Aufnahme einer Ausbildung in der Altenpflege gehindert hätte.

Offen ist, wie sich die bundesweit angestrebte zweijährige gemeinsame Ausbildung von Alten- und Krankenpflege auf die Entscheidung für die Altenpflege auswirkt.

Wir müssen daher weiterhin für die Altenpflege bei jungen Menschen besonders werben.

Der Einstieg in eine Altenpflegeausbildung während oder nach der Familienphase gestaltet sich schwierig. Das muss sich ändern.

Für die Attraktivität der Pflegeberufe ist der **Pflegeschlüssel** in Pflegeheimen von erheblicher Bedeutung. Verbesserungen sind eine Angelegenheit von den Trägern der Einrichtungen auf der einen Seite und von den Kostenträgern, Pflegekassen und Bezirken auf der anderen Seite. Verhandlungen für Verbesserungen sind mit Aussicht auf Erfolg derzeit im Gange.

Für die Attraktivität der Pflegeberufe ist nicht weniger wichtig die **Vergütung** der Pflegekräfte. Verbesserungen wären längst angezeigt. Das ist jedoch Sache der Tarifpartner.

Einfluss auf die Vergütungspraxis hat in diesem Zusammenhang auch der tariflich nicht gebundene Arbeitgeber, der außer Tarif beschäftigen und bezahlen kann.

Mit den finanziellen Auswirkungen aus einer Verbesserung des Tariflohns und des Personalschlüssels kommen zwei Sachverhalte in das Blickfeld, nämlich:

- Wir haben überwiegend noch eine **Selbstzahler**-Situation. d.h. der Heimbewohner und oft ergänzend seine Angehörigen zahlen die Heimentgelte.
- Und wir haben im Heimbereich einen **Markt** mit mehr Angebot als Nachfrage. Nicht selten entscheidet über eine Heimaufnahme deshalb nicht die Qualität der Pflege, sondern nur der Preis. Das hat Rückwirkungen auf Arbeitsbedingungen und Löhne der Pflegekräfte.

Gute Pflege hat ihren Preis. Daher müssen wir dafür mit Nachdruck bei älteren Menschen und ihren Angehörigen werben.

Mit dieser Werbung für bessere Pflege tun wir uns umso leichter, je besser die Leistungen der Pflegeversicherung sind. Die letzte Pflegeversicherungsreform mit den Verbesserungen der Leistungen für an Demenz erkrankte Menschen war ein Schritt in die richtige Richtung, aber leider noch nicht der erhoffte Durchbruch.

Im Mittelpunkt einer zukunftsfähigen **Pflegeversicherungsreform** muss vorrangig eine zeitgemäße Definition der Pflegebedürftigkeit stehen.

Jeder sollte Pflege versichert sein. Deshalb sollte der nicht gesetzlich Versicherte zum Abschluss einer privaten Pflegeversicherung verpflichtet werden.

Nicht weniger wichtig ist das **Renteneinkommen**, das in der Regel zu den Kosten des Heims ergänzend beitragen muss. Auf das zukünftige Renteneinkommen ist vom ersten Tag des beruflichen Lebens an zu achten. Für zusätzliche Vorsorge im Alter muss verstärkt geworben werden.

Altersarmut hat viele Ursachen. Eine Ursache ist auch die Erziehungszeit, in der Mütter nicht berufstätig waren. Die angestrebte **Mütterrente** ist deshalb auch unter Gesichtspunkt nicht nur gerecht, sondern auch die Zukunft sichernd.

Nicht zuletzt:

Mehr Zeit zu Pflege heißt auch mehr Zeit für ganz persönliche Zuwendung. Das kann nicht allein durch bezahlte professionelle Pflege sichergestellt werden. Auf diesem Feld ist deshalb **bürgerschaftlicher Einsatz** von gut willigen Menschen neben dem Einsatz von Angehörigen gefragt.

Themenfeld Freie Wohlfahrtspflege und Teilhabe an der Gesellschaft

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege verstehen sich als Fürsprecher der Menschen, die hier kaum eine Lobby haben. Sie helfen ihnen, Unterstützung zu bekommen und eigene Kräfte zu entwickeln. Wo die Freie Wohlfahrtspflege staatliche Aufgaben übernimmt, sollte sie ihre Leistungen von den Kostenträgern erstattet bekommen, was aber oft nur unzureichend erfolgt. Wir vom Sozialpolitischen Forum wenden uns gegen Ausgrenzung und fordern, dass alle Menschen – egal ob gesund oder krank, behindert oder nicht behindert, mit oder ohne Migrationshintergrund, alt oder jung, pflegebedürftig oder selbständig usw. – gemeinsam an unserer Gesellschaft teilhaben können.

Frage 5) Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen öffentlicher Hand und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege?

Frage 6) Wie tragen Sie in Ihrer politischen Arbeit dafür bei, dass Bevölkerungsgruppen mit Hilfebedarf nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden?

Das Verhältnis von freier Wohlfahrtspflege und öffentliche Hand wird traditionell und zweckmäßigerweise durch ein lebendig praktiziertes **Subsidiaritätsprinzip** geprägt. Das war erfolgreich in der Vergangenheit. Das sollte auch in Zukunft so bleiben.

Was ist Staatsaufgabe, was gesellschaftliche Aufgabe. Das ist so einfach nicht zu trennen. Im sozialen Bereich ist eine staatliche Aufgabe in der Regel auch eine gesellschaftliche Aufgabe und umgekehrt.

Das kommt besonders dann zum Tragen, wenn es darum geht zu verhindern, dass Menschen an den Rand gedrängt werden. Im Einsatz gegen Ausgrenzung sind beide Verantwortungsbereiche gleichermaßen gefordert. Sie dürfen sich nicht gegeneinander abgrenzen, sondern sie müssen sich **gegenseitig unterstützen**.

Unterstützen durch die öffentliche Hand heißt vor allem **finanzielles** Unterstützen.

Unterstützung durch die freie Wohlfahrtspflege bedeutet nicht nur bezahltes Helfen durch Profis, sondern auch **bürgerschaftliches** Engagement. 100 % Kostenersatz für alle Bemühungen um Inklusion und Integration von Menschen am Rande wäre deshalb ein einseitiges Denken genauso wie ein Verweisen oder auch Abschieben der Verantwortung auf das Ehrenamt und dessen Wirkungsmöglichkeiten.

Dr. Peter Motsch – 26.8.2013

^{*)} Die Vertreter/innen der Parteien wurden vom Sozialpolitischen Forum gebeten, sechs Fragen aus drei Themenfeldern zu beantworten. Die Stellungnahme wird auf www.agfw-wuerzburg.de veröffentlicht.